

AUSGABE VOM 07. NOVEMBER 2014

Lebensmittelkennzeichnung: Entwarnung an der NRW-Kuchentheke

Während NRW-Umweltminister Johannes Remmel die EU-"Kuchen-Verordnung" auf Ausnahmen prüfen lässt, kann ich schon Entwarnung geben. Spender von Kuchen und anderen Lebensmitteln für Wohltätigkeitsbasare oder Schul- und Kitafeste müssen auch künftig keine Angaben über allergieauslösende Stoffe machen.

Presseberichte, nach denen eine EU-Verordnung ab Dezember eine Kennzeichnungspflicht für allergieauslösende Stoffe bei lose ausgegebenen Lebensmitteln verlangt, hatten vielfach Verunsicherung ausgelöst. Aber diese Verpflichtung gilt nur für Unternehmen, die regelmäßig solche Lebensmittel vertreiben, und nicht für Privatpersonen. Das hat das Bundesverbraucherschutzministerium mir schriftlich bestätigt. Die ehrenamtlichen Bäcker können aufatmen, Weihnachtsbasare können wie bisher unbürokratisch organisiert werden.

Unterbringung von Flüchtlingen

Die aktuellen Zuwanderungszahlen lassen vermuten, dass mindestens 200.000 Flüchtlinge in diesem Jahr zu uns kommen werden. Diese, oft aus Krisengebieten nach Deutschland kommenden Menschen benötigen Unterkünfte. Vor allem in Großstädten mit knappem Wohnraum wie Köln muss schnell gehandelt werden.

Es fehlen Flächen auf denen gebaut werden kann, oder die zeitnahe Nutzung scheitert an Bauvorschriften. Zeitlich befristete Erleichterungen im Baurecht, die der Bundestag jetzt beschlossen hat, ermöglichen es künftig, Flüchtlingsunterkünfte auch in Gewerbegebieten oder am Ortsrand zu errichten. Außerdem können Flüchtlinge auch in leer stehenden Immobilien in Gewerbegebieten aufgenommen werden.



Wolf Biermann, wurde nach seinem Kölner Konzert 1976 von der DDR-Regierung ausgebürgert. Hier bei seinem Auftritt im Deutschen Bundestag, wo er mit den Linken heftig ins Gericht ging, bevor er mit seinem Lied „Ermutigung“ an die politisch Verfolgten in der DDR erinnerte. (Foto: privat).

Elterngeld plus kommt

Um Mütter und Väter darin zu unterstützen, ihre eigene Lebensgrundlage und die ihrer Familie zu sichern, wird ab dem 1. Juli 2015 ein Elterngeld Plus mit einem Partnerschaftsbonus eingeführt. Was ändert sich?

Bisher verlieren Eltern einen Teil ihres Elterngeldanspruchs, wenn sie früh nach der Geburt wieder in Teilzeit arbeiten. Das haben wir geändert. Künftig können mit reduzierter Stundenzahl arbeitende Eltern doppelt so lange das entsprechend verminderte Elterngeld Plus beziehen. Wenn sich beide Elternteile für eine Teilzeitarbeit von mindestens vier Monaten zwischen 25 bis 30 Wochenstunden entscheiden, bekommen sie als Partnerschaftsbonus noch weitere vier Monate Elterngeld Plus bezahlt.

Eltern können sich künftig zwischen beiden Varianten entscheiden. Auch eine Kombination aus beiden Modellen ist möglich. Mütter und Väter können mehr Zeit mit den Kindern verbringen, ohne den Bezug zum Erwerbsleben zu verlieren. Berufliche Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen werden verbessert und Alleinerziehende entsprechend gefördert.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

im Bundestag erinnerten wir uns in einer Gedenkstunde an den Mauerfall am 9. November 1989. Der legendäre 77jährige Liedermacher Wolf Biermann hatte einen fulminanten Auftritt. Er bezeichnete die Abgeordneten der Linken als den „elenden Rest dessen, was zum Glück überwunden ist“ und bewegte auf unverwechselbare Art mit seinem Lied „Ermutigung“. Sichtlich berührt betonte er: „Ich weiß, dass manche, die im Gefängnis saßen, nur mit diesem Lied in der Zelle überlebt haben“. Von Zwischenrufen der Linken ließ er sich nicht irritieren: „Ihr seid dazu verurteilt, das hier zu ertragen. Ich gönne es Euch“. In den Gesichtern der Linken war Empörung abzulesen, ich war begeistert. Kanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Gabriel gaben Biermann nach dessen Auftritt demonstrativ die Hand.



Der 9. November ist, das darf nicht vergessen werden, auch mit dunklen Seiten der deutschen Geschichte verbunden. Im Jahre 1989 war es ein Glückstag. Mehr als 28 Jahre sperrte die Mauer Menschen ein und die Freiheit aus. Mindestens 136 Todesopfer waren bis 1989 allein an der Berliner Mauer zu beklagen. Seitdem hat sich die SED mehrfach umbenannt und heißt heute „Die Linke“. Diese Partei hat sich vor Gericht die Rechtsnachfolge der SED erstritten. Diese Partei will in Thüringen den Ministerpräsidenten stellen.

Das empört mich.

Das empört mich.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Einsatz für den Bundeswehrstandort Porz

Im Jahre 2011 wurde die Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes in der Bundeswehr ausgesetzt und damit der Übergang zu reinen Freiwilligenstreitkräften vollzogen. Weil sich die sicherheitspolitische Lage seit dem Ende des Kalten Krieges fundamental gewandelt hat, haben sich auch Auftrag und Aufgabenspektrum der Bundeswehr grundlegend verändert. Während vorher die Landes- und Bündnisverteidigung im Vordergrund standen, sind es jetzt die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.

Um dafür gerüstet zu sein, müssen Soldaten und Gerät gleichzeitig für mehrere Einsätze in unterschiedlichen Krisengebieten gestellt werden können. Deshalb hatte die damalige Bundesregierung aus Union und FDP beschlossen, eine neue Organisationsstruktur für die verkleinerte Bundeswehr zu schaffen und die Führungs- und Verwaltungsstrukturen zu straffen. Klar ist, dass es deshalb in vielen Standorten zu Kürzungen kommen muss. Köln ist als bislang größter Bundeswehrstandort hiervon ebenfalls betroffen und sollte ursprünglich nur noch 5.720 Dienstposten behalten.



Ursula von der Leyen beim Informationsbesuch des Bundeswehrausbildungszentrums in Köln-Porz im Juli 2014 mit MdB Karsten Möring am Diensthelikopter

Schon am Jahresanfang war es gelungen, die Zusage der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen für die Errichtung des neu geschaffenen Luftfahrtamtes der Bundeswehr in Köln-Wahn zu erhalten. Jetzt hatte ich gemeinsam mit Unions-Abgeordneten aus der Region eine Initiative zum Erhalt weiterer Dienstposten am Luftwaffenstandort Köln-Wahn gestartet. Ziel war es, bei allen weiteren organisatorischen Änderungen Köln angemessen berücksichtigt zu sehen,

auch weil Köln wegen vorhandener Infrastruktur der Bundeswehr ein sehr kostengünstiger Standort ist.

Vor wenigen Tagen erläuterte uns Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ihre Entscheidung über die Aufstellung eines neuen Truppenkommandos Luftwaffe am Standort Köln und die gleichzeitige Auflösung der beiden Kommandos „Einsatzverbände Luftwaffe“ und „Unterstützungsverbände Luftwaffe“. Damit verbleiben rund 130 Dienstposten mehr in Köln als ursprünglich geplant.

22. Tage der Begegnung im Bundestag



Junge Menschen vor allem aus der kirchlichen Jugendarbeit begegneten Politikern zum Gespräch über Glaube, Werte und Politik. Unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert fanden die 22. Tage der Begegnung statt. Auch ich nutzte sehr gerne die Gelegenheit zum ausführlichen Meinungsaustausch mit den engagierten Jugendlichen. Rund 80 Abgeordnete aus allen Fraktionen des Bundestags beteiligten sich an den Tagen der Begegnung. Veranstalter war der Verein „Internationales Jugendforum e.V.“

Schäuble: Mehr Steuergerechtigkeit und Investitionen

Im Kampf gegen grenzüberschreitende Steuerflucht und Steuervermeidung ist ein Durchbruch gelungen: Mit dem Abkommen, das 51 Länder geschlossen haben sollen durch automatischen Informationsaustausch Geldströme ins Ausland besser kontrolliert und Steuerflucht weiter eindämmt werden. Sowohl Luxemburg als auch Großbritannien mit seinen Steueroasen sind mit von der Partie. Ab 2017 wird keiner dieser Staaten mehr als „Steuerschlufluch“ zur Verfügung stehen.

Schäuble will zudem bei der Sanierung maroder Brücken und Straßen mit einem zusätzlichen Investitionspaket von zehn Milliarden Euro Tempo machen. Das Geld soll von 2016 bis 2018 fließen. Der Minister betonte, bei strikter Ausgabendisziplin würden sich entsprechende finanzielle Spielräume ergeben. Das Investitionspaket wird der auch Konjunktur zusätzliche Impulse geben.

Ich setze mich dafür ein, mit diesen Geldern Straßen, Schienenwege und Brücken auch in unserer Region auszubauen und zu sanieren. Nur mit leistungsfähigen Verkehrsnetzen bleiben Deutschland, NRW und Köln weiter wettbewerbsfähig.

Impressum:

Ausgabe Nr. 17/2014
07. November 2014

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email: karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter